

Protokolle der Thementische bei der Konferenz zum Auftakt der Leitbilddebatte am 3.12.2011

Protokoll

Tisch 1: Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

Protokoll: Karin Schröter

Moderation: Stefan Ludwig, Margitta Mächtig

1. Kurze Erläuterung der vorgelegten Thesen der Landtagsfraktion
2. Wurde die Frage debattiert: wie ist bis in die kleinste Kommune die demokratische Mitwirkung garantiert
Dazu würde betont, dass die soziale Aufgabenstellung der Kommunen eine wachsende Rolle spielen; Städte und Dörfer bzw. Ortsteile dürfen nicht gegeneinander gestellt werden, im Gegenteil: der Zusammenhalt von Städten und Umlandgemeinden in kommunikativer, kooperativer Hinsicht und im Sinne von gemeinschaftlicher Lebensweise wurde herausgestellt
Demokratie in der Kommune bedeutet Entscheidungsspielraum, dieser sinkt sobald die Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept belastet ist
3. Kommunale Unternehmen müssen weiter gestärkt werden,
Die Rechte der kommunalen Vertreter gegenüber dem Gesellschafter sollten ausgebaut werden
4. Die Rechte der Ortsteile müssen durchgesetzt bzw. erweitert werden
5. Die Notwendigkeit heran gereifter interkommunaler Zusammenarbeit wurde der Herangehensweise über neue Kreisgebietsstrukturen entgegengesetzt; die Bilanz der KGR zeigt, dass interkommunale Kooperation unser Schwerpunkt sein muss
Es ist nicht erforderlich, von oben festzulegen (SPD), wie viel Einwohner Kreise und Kommunen haben müssen. Die Linke sollte einen Ansatz vertreten: endogene Entwicklungspotentiale aus den Kommunen nutzen, das ist der Inhalt Kommunaler Selbstverwaltung
6. In diesem Zusammen hang bedeutet kommunale Selbstverwaltung:
Entwicklungsnotwendigkeiten und -tendenzen erkennen, eigenverantwortlich reagieren, Vertrauen zu den Akteuren und Entwicklungskräften entwickeln
7. Prozess der Funktionalreform muss weiter gehen, in den erst die Aufgaben analysiert werden (das läuft gerade jetzt in der EK 5/2) und danach kann man zu Veränderungen gelangen, Reformen müssen zugleich auch von unten wachsen. Vernunft gebietet Zusammenarbeit von Stadt und Umland- das kann in großem Stil ausgebaut werden

8. Kommunale Finanzausstattung ist ein Dauerthema, rot-rote LR hat schon einiges zum Besseren wenden können. Dennoch gehört die Kommunalverfassung auf den Prüfstand, die Kreisumlage schränkt Handlungsfähigkeit der Kommunen stark ein. Zugleich wurde die Amtsumlage problematisiert und die strittige These aufgestellt, die Kreise seien künstliche Gebilde, entscheidend seien die Kommunen.
9. Trotz Visionen sollte man sich nicht von Wunschdenken leiten lassen. Im Vordergrund sollten zwei Fragen stehen: 1. Wie muss die Verbindung von Bürger und Verwaltung sehen, wenn es um die Leistung für den Bürger geht? 2. Was kann in der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort wirklich geleistet werden? Diese Fragen müssen wir beantworten und einem Abwägungsprozess unterziehen (EK5/2 Bürgerbefragung)
10. Lebensqualität in den Kommunen
Was heißt vor Ort „öffentliche Daseinsvorsorge“ für Städte und Gemeinden, dies gilt es weiter auszufüllen,
Verwaltungsdiskussionen schrecken Bürger ab, sie wollen Problemlösungen
Vereine, Verbände, Gemeinschaftliche Werte sollen besser gefördert werden
dabei gibt es starke Unterschiede in den Regionen
Wohnformen ändern sich, Eltern und Kinder wollen in der Nähe zusammen wohnen,
Alternativen, einschließlich Pflege sind gerade auf dem Lande schwierig.
11. Mobilität:
ÖPNV/SPNV gerade für Kinder und Jugendliche sind immer mehr eine Frage von Teilhabe (Vereine, Musikschule, Freizeit) ; lange Fahrzeiten, Fahrpläne sind Barrieren
Auch die Abgeordneten der Kreistage müssen in der Fläche tätig sein können, das ist problematisch, erst recht bei Vergrößerung der Landkreise
12. Dezentrale Verwaltungspunkte (Repos) werden favorisiert, räumliche Nähe trotz Verwaltungsferne sollen auch wegen der demografischen Entwicklung praktiziert werden. (Mobile Verwaltung, Punkt in der Sparkasse...)
13. Bürger sollten bei den unterschiedlichen Bedingungen unmittelbar nach ihrer Meinung gefragt werden, sie sollten unkompliziert ihre Meinung zum Ausbringen, sie sollte stärker angesprochen werden, dann wird man feststellen, sie möchten sich einbringen und haben gute Ideen (für Verwaltung immer noch lästig)

Konsequenz in der Runde waren darüber hinaus:

- Öffentliche Hand muss starke Verantwortung für öffentliche Daseinsvorsorge tragen
- Kommunen müssen in diesem Anspruch unterstützt werden, neue Dimensionen müssen erfasst werden
- Bürgerbeteiligung über gesetzlich formulierte Bestimmungen hinaus praktizieren
- Kommunikation, Information und Transparenz müssen sich dabei in neuen Formen wiederfinden

- Verwaltung muss zu einfacher, verständlicher Sprache kommen; Fachjargon muss in Alltagssprache übersetzt werden, nur so geht Teilhabe und Mitwirkung praktisch
- Nicht gelöstes Problem: Unter der Maßgabe der interkommunalen Zusammenarbeit- wie kann demokratische Mitwirkung und Kontrolle sowie Bürgerbeteiligung gewährleistet werden. Die Linke muss dafür eine Lösung erarbeiten. (gemeinsame Ausschüsse....?)
- Das Thema „Spezifik der Regionen“ muss weiter vertieft werden
- „Dorfbewegung“ als Form der demokratischen Mitwirkung und kommunikativer Plattform sollte unterstützt

Anhang:

Thesepapier Tisch 1: Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer

„Die Selbstverwaltung der märkischen Städte und Gemeinden ist gegenwärtig eher eine Fiktion... Ein Zurückweichen auf den Metropolenraum darf es nicht geben!“

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Das Land Brandenburg benötigt starke Städte und Kommunen, die als politische Akteure selbstbestimmt handeln und ihre Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge im Raum erfüllen können. Voraussetzungen dafür sind echte kommunale Entscheidungskompetenz und deren entsprechende finanzielle Untersetzung. Auf dem Land vollziehen sich tiefgreifende soziale Umbrüche. Die Dörfer verlieren ihre traditionelle wirtschaftliche Basis. Neue Strukturen bilden sich im Zuge der energetischen Wende heraus. Umfassende Strukturanpassungen in der Organisation der kommunalen Verwaltung des Landes müssen erfolgen, um die sozioökonomischen Herausforderungen im gesamten Land erfolgreich meistern zu können. Dabei sind die prognostizierten demografischen Veränderungen von besonderer, jedoch nicht allmächtiger Wirksamkeit für die Politik der Zukunft.

These 1:

Die Disparitäten im Land nehmen zu. Das gilt sowohl für die Bevölkerungsentwicklung als auch für Wirtschaftskraft und die damit verbundenen Finanzen der Kommunen. Gerechtigkeit und Solidarität bedeuten für DIE LINKE, auch zukünftig ohne Wenn und Aber die öffentliche Daseinsvorsorge im gesamten Land Brandenburg zu sichern.

These 2:

DIE LINKE stärkt die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Brandenburg. Damit können die Kommunen ihre wachsenden Aufgaben in der Fläche umfassend erfüllen. Zugleich stellt sich DIE LINKE der strategischen Herausforderung, den politischen Raum unter dem Aspekt der Funktionalität neu zu strukturieren.

These 3:

DIE LINKE ist Bürgerrechtspartei. Sie tritt konsequent für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ein; dies in den verschiedenen Bereichen, Ebenen und auch Formen. Demokratische Teilhabe bedeutet zugleich, partikulare Interessen nicht über die des Gemeinwesens zu stellen, sondern im offenen Dialog einen fairen Ausgleich zu finden.

Protokoll

Tisch 2: Nachhaltige Bildungslandschaft fördern

Moderation und Protokoll: Torsten Krause

I. Ausgangssituation

Im Rahmen der Auftaktkonferenz zur Leitbild-Debatte II der Partei DIE LINKE. Brandenburg wurde ein Diskussionstisch zur nachhaltigen Bildungslandschaften angeboten. Die Verständigung zum Thema „Bildung ist individuelles Grundrecht an diesem Tisch wurde von Torsten Krause strukturiert und protokolliert. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde begannen wir eine Verständigung zu den Erwartungen an den Workshop. Dabei wurde deutlich, dass sich die Teilnehmenden zwischen den Polen „Visionen“ und „Konkretem Handeln“ einordneten. Dieser Widerspruch dominierte an verschiedenen Stellen die Diskussion und konnte nicht aufgelöst werden. Für die weitere Arbeit an dem Leitbild scheint es daher ratsam die Frage nach der Bedeutung bzw. Rolle des Leitbildes zu klären. Soll es um ein visionäres Bild vom Land Brandenburg in der Zukunft gehen (so, wie es von mehreren Rednern auf der Tagung auch angesprochen wurde) oder geht es um ein Wahlprogramm mit konkreten Schritten und Handlungsmaximen für die Zeit ab 2014?

II. IST- Stand

Anschließend haben wir Gedanken gesammelt, die uns in den Sinn kamen zur Beschreibung von Missständen in der aktuellen Bildungslandschaft. Angesprochen wurden unter diesem Punkt jedoch nicht nur Misereen, sondern auch Punkte, die zu wenig Beachtung finden. Von den Teilnehmenden wurde dabei besonders hervorgehoben:

- dass Bildung **vom Kind aus** gedacht werden muss,
- dass wir uns um die Themen **Schulabbruch** bzw. **Schulverweigerung** kümmern sollten,
- dass **Schulsozialarbeit** ein stärkeres Gewicht erhalten soll,
- dass wir über den **Stellenwert von Bildung** in der Gesellschaft sprechen müssen,
- dass **Bildung als Infrastrukturfaktor** zu beachten ist,
- dass auch die **Erwachsenenbildung** nicht zu kurz kommen darf (lebenslanges Lernen),
- dass wir über die Zukunft der **Förderschulen** sprechen müssen (Inklusion),
- dass wir die **Rolle der Schulen in freier Trägerschaft** klären müssen,
- dass wir **Schulstandorte** erhalten müssen und die jetzt schon langen Fahrzeiten der Schüler_innen beachten müssen,
- dass es kein **bundeseinheitliches Abitur** gibt,
- dass der **Föderalismus** als Problem im Bereich der Bildung zu erachten ist,
- dass (studentische) **Mitbestimmungsmöglichkeiten** zu schwach ausgeprägt sind,
- dass **Mitarbeiter_innen an den Hochschulen prekär beschäftigt** werden,
- dass Bildung außerhalb von Schule zu wenig Beachtung geschenkt wird,
- dass die Angebote der **Oberstufenzentren** zu weit entfernt sind sowie
- dass es zu wenige **Meisterschulstandorte** im Land gibt und diese nicht erreichbar sind.

Als positiv im Brandenburgischen Bildungsbereich bewerteten die Teilnehmenden

- die materielle **Ausstattung** vieler Schulen,

- den Beginn der Umsetzung der **Inklusion** an einigen Schulen,
- die **Einstellung von Lehrkräften** in den Schulen **und Erzieher_innen** in den Kindertagesstätten,
- die **Übergänge** und die Zusammenarbeit an Schnittstellen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen sowie Grundschulen und weiterführenden Schulen, (Weniger gut wurden jedoch die Übergänge von Schulen zu Universitäten, OSZ bzw. von Oberschulen zu Gymnasien betrachtet.)
- und die zunehmende Vernetzung vor Ort und die damit verbundene Herausbildung **kommunaler Bildungslandschaften**.

III. Wo wollen wir hin?

Ausgehend von dieser Analyse der Ist-Situation haben wir darüber gesprochen und diskutiert, was DIE LINKE an Themen bearbeiten, vorantreiben, mitdenken und im Blick haben muss, um eine gerechtes Bildungssystem zu schaffen. Nach Ansicht der Teilnehmenden gehören dazu auf jeden Fall

- die Verschiebung von der Defizitorientierung hin zur **Förderung der Stärken der Kinder**,
- die **Aufhebung der Gliederung** des Schulsystems,
- die Diskussion um die **Rolle der freien Schulen** in Brandenburg,
- die Einführung eines **umfassenden, beitragsfreien Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung** für alle Kinder sowie
- die Einführung eines **inkluisiven Schulsystems**.

IV. Fazit

Im Ergebnis dieses Diskussionstisches kann festgehalten werden, dass These 1 des Arbeitspapiers mit dem Vorbehalt der Diskussion um die Rolle der Schulen in freier Trägerschaft bestätigt werden kann.

Im Laufe der Verständigung wurden ungeachtet der unterschiedlichen und vielfältigen Themen und Diskussionspunkte immer wieder eingefordert, dass ein linkes Schulkonzept **innovativ** (z.B. Technikeinsatz statt Fahrwege), **individuell** (das Kind beachtend), **flexibel** (Klassenstärken, Fachangebot, etc.) und insgesamt **kreativer** (pädagogische Konzepte) sein muss, als es das bisherige Schulsystem ist. Unter diesen Aspekten kann These 2 des Arbeitspapiers durchaus weiterentwickelt und prononcierter formuliert werden. Themen, die These 3 betreffend wurden zwar punktuell benannt und angesprochen aber nicht hinreichend diskutiert. Die Beteiligten an unserem Diskussionstisch halten das Konzept unserer Partei zur Einführung einer Gemeinschaftsschule für weiterhin aktuell und erstrebenswert. Die o.g. Punkte sollten bei der Umsetzung des Konzeptes Berücksichtigung finden.

Anhang:

Thesenpapier Tisch 2: Nachhaltige Bildungslandschaft fördern

„Bildung ist individuelles Grundrecht.“

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. Wissen ist der Motor nachhaltiger Entwicklung. Die

brandenburgische Bürgergesellschaft muss an den Prozessen des Wissenserwerbs und der Wissensvermehrung ungeteilten Zugang haben. Deswegen hat Bildung für DIE LINKE Priorität. Chancengleichheit und demokratische Teilhabe sind auch in der Bildung der rote Faden unseres Politikansatzes. Wir halten an unserem Ziel fest: Die Brandenburger sollen alle Möglichkeiten der Wissensgesellschaft nutzen können, und dies von Brüssow bis Ortrand und von Frankfurt (Oder) bis Wittenberge, von der berufstätigen Frau bis zum Vorruehändler, von Vorschulkindern bis zu Senioren.

These 1:

Das mehrgliedrige Schulsystem hat sich überlebt. Wir benötigen starke öffentliche Schulen, die langes gemeinsames Lernen ermöglichen. Das zweigliedrige Schulsystem ist keine Alternative! Die inklusive Gemeinschaftsschule ist das beste Konzept für ein solidarisches Lernen. Dafür tritt die Brandenburger LINKE ein.

These 2:

Die demografischen Veränderungen führen im Bereich der Bildung zu dramatischen Konsequenzen. In Wachstumsräumen halten wir an unserem Anspruch einer lernfördernden Schüler-Lehrer-Relation fest. In ländlichen Regionen mit starkem Rückgang der Bevölkerung gewährleisten wir ortsgebundene Schulen. Mit der Suche nach flexiblen Lösungen steuern wir dem einseitigen Trend zur (städtischen) Konzentration entgegen.

These 3:

Innovation setzt Bildung voraus. Die Entwicklung Berlin-Brandenburgs zur Innovationsregion erfordert eine deutlich bessere Ausstattung der Hochschulen. In der dynamischen Wissenschaftsregion stärken wir den Hochschulsektor im Land Brandenburg.

Protokoll

Tisch 3: Wirtschaft und Arbeit

Moderation: Andreas Bernig

Wirtschaft:

Zur Frage, was sind zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen erläuterte Ralf Christoffers die Punkte der Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Strategie im Land Brandenburg. Das dazu vorliegende Papier kann somit auch als Protokoll gelten.

Arbeit

Die Diskussion hielt sich aus Zeitgründen in einem engen Rahmen. Als Stichpunkte für das Leitbild wurden angesprochen:

Generelle Stichworte:

Sozial-ökologischer Umbau,

Verzahnung Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländliche Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn und Verhinderung Armut im Alter,

kein Billiglohnland – Bekämpfung prekäre Beschäftigung,

nachhaltiger , zukunftsfähiger ÖBS:

reguläre Beschäftigungsverhältnisse,

Verknüpfung Förderinstrumente des Bundes mit denen des Landes,

Möglichkeiten der Nutzung EU-Mittel, ESF in der neuen Förderperiode ab 2014,

bisherige Defizite abbauen – Quantität, 7,50 € als Mindestlohn, nur ein, zwei oder drei Jahre Förderung, keine Arbeitslosenversicherung,

Gute Arbeit:

Erwerbsarbeit von der man leben kann,

aber auch andere Tätigkeiten im Haushalt, Erziehung, Sorge, Pflege, Kultur, Sport, Ehrenamt – Grundsicherung,

Faktoren/Rahmen für Gute Arbeit – Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berufliche Qualifikation/ständiges Lernen als Wert, Flexibilität in Grenzen halten, Rechte der Beschäftigten stärken und in einem Arbeitsgesetzbuch bündeln,

Mitbestimmung im Betrieb, starke Gewerkschaften, höhere Tarifbindung, Stärkung

Arbeitgeberverbände,

Gesundheitsschutz,

Verkürzung Arbeitszeit,

Beachtung Vereinzelung von Arbeitsplätzen durch digitale Revolution,

Anhang

Thesenpapier Tisch 3: Wirtschaft und Arbeit

„Eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik beginnt nicht erst bei der Verwaltung von Arbeitslosigkeit. „Hartz IV“ liegt nicht im Zentrum, sondern am Ende einer verfehlten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.“

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur muss im Land Brandenburg etabliert werden. Dies war und ist erstrangiges Ziel der LINKEN. Bis 2020 werden die Rahmenbedingungen schwieriger: Sie reichen von geringeren EU-Strukturfonds-Mitteln bis zum dramatischen Rückgang der Bevölkerung in Teilen des Landes. Es bedarf eines integrativen ressortübergreifenden Politikansatzes. Um die Standortvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern, müssen Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländliche Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden. Dies nicht ohne soziales Augenmaß: Eine Wirtschaftspolitik, die reinen Profitinteressen dient und die Interessen von Arbeitnehmern ausblendet, ist mit uns nicht zu machen.

These 1:

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein Markenzeichen LINKER Politik in Brandenburg. Wir setzen uns trotz ungünstiger (nationaler) Rahmenbedingungen für den Ausbau eines zukunftsfähigen Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) ein.

These 2:

Die schwache Eigenkapitalausstattung ist das größte Problem der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Brandenburg. DIE LINKE betreibt Substanzpflge mittelständischer Unternehmen und unterstützt sie durch Fonds zur Finanzierung mit Mikrokrediten.

These 3:

Die Zukunft der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg liegt darin, sie zu einer dynamischen europäischen Innovationsregion zu entwickeln. Dafür sind bereits bestehende länderübergreifende Zukunftsfelder auszubauen und die politischen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Protokoll

Tisch 4: Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel

Moderation: Thomas Domres

Protokoll: Stefan Schwartz

Nach den einleitenden Worten durch den Moderator wurden aus der Runde eine Vielzahl von Fragen und Problemstellungen aufgeworfen und debattiert. Dazu gehörten:

- 14. Qualität und Quantität der Ist-Zahlen hinsichtlich des Energieverbrauches und Prognose hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Energieverbrauches unter der Berücksichtigung von Energieeffizienz und Energieeinsparung;**
- 15. Soll Brandenburg weiterhin Stromexporteurland bleiben? Dabei soll Brandenburg nicht isoliert betrachtet werden. Die Energieversorgung von Berlin muss auf jeden Fall mitbedacht werden. Vor diesen Hintergrund könnte sich die Frage gar nicht stellen. Brandenburg wird aufgrund seiner natürlichen Bedingungen immer Energieerzeugerland bleiben**
- 16. Vor dem Hintergrund der Energiewende ist der Wechsel der Energieträger nicht nur eine Frage der Energiequelle sondern auch des Standortes – die Rolle von zentraler und dezentraler Energieversorgung.**
- 17. starke Diskrepanz zwischen den Orten der Energieerzeugung und des Energieverbrauches – Netzausbau, Netzoptimierung, Speicherung;**
- 18. Forschung in Energiezukunftstechnologien;**
- 19. Klima- und Energiepolitik spielt nicht nur in der Energieerzeugung eine Rolle sondern erfasst alle gesellschaftlichen Bereiche – Mobilität, Natur- und Landwirtschaft (z.B. Moorschutz) usw., Ziel muss es sein, die CO2-Emissionen zu senken**
- 20. Flächenkonkurrenzen**
- 21. Akzeptanzproblem: Rolle der Wertschöpfung in der Region, Beteiligungsmodelle usw.**
- 22. Anregung hinsichtlich der Einführung eines brandenburgischen Klimafonds**

23. Energieviereck: wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sowie die Versorgungssicherheit

Zusammenfassung:

- **Klima- und Energiepolitik gehören zusammen. Die Fokussierung dabei „nur“ auf Energiepolitik ist zu kurz. Es wurden verschiedene Varianten des Titels debattiert. Ein Vorschlag ist: „Brandenburg als Vorreiter für nachhaltige Klima- und Energiepolitik: global denken – regional handeln“**

Die Thesen wurden inhaltlich mit einigen redaktionellen Änderungsvorschlägen geteilt.

(hier aufgeführt die Neufassung)

These 1:

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Primärenergiemix wird stetig erhöht und soll bis 2020 mindestens 20 % betragen. Das bedeutet zugleich, dass die Nutzung fossiler Energieträger als Brückentechnologie so lange Bestand haben wird, bis Deutschland seinen Energiebedarf sicher aus Erneuerbaren Energien decken kann. Dabei ist ein flexibler Kraftwerkspark (vorzugsweise GuD-Kraftwerke auf Erdgas- oder Biogasbasis) notwendig, um die fluktuierende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu ergänzen. Der Aufbau von Speicherkapazitäten und der Aus-, Um- und Neubau sowie die Ertüchtigung der Netze sind von entscheidender Bedeutung für das Ziel 100% erneuerbar.

These 2:

Die Linke steht für eine faire, sozialverträgliche und ökologische Energiewende. Insofern ist der allmähliche Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Braunkohle in Übereinstimmung mit den Beschäftigten sozialverträglich zu gestalten und im Bereich der erneuerbaren Energien sind Kriterien von guter Arbeit verstärkt zu berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, stets Versorgungssicherheit und sozial verträgliche Preise zu gewährleisten.

These 3:

Klimaschutz ist eine ressortübergreifende Aufgabe und muss alle Bereiche Brandenburger Landespolitik betreffen. Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wichtige Säulen des Klimaschutzes und müssen verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Anhang:

Thesepapier Tisch 4: Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel

„Die Energiepolitik in Brandenburg muss sich nicht nur auf steigende Energieeffizienz und Energieeinsparung orientieren, sondern in erster Linie auf den Einsatz erneuerbarer Energien ausgerichtet sein.“

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Das Land Brandenburg kann sich als Pilotregion für einen umfassenden sozialökologischen Umbau national wie international profilieren. Dezentrale Energie- und Versorgungsstrukturen müssen ausgebaut werden. Die Brandenburger LINKE tritt dafür ein, fossile Energieträger und Grundstoffe durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Wir wissen:

Erneuerbaren Energien ist der Vorrang zu geben. Zugleich treten wir für den geordneten Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle bis 2040 ein. Brandenburg soll zu einem international führenden Standort für Erforschung, Produktion, Anwendung und Export von Energietechnologien werden. Damit bereiten wir uns für die „Zeit nach der Braunkohle“ vor.

These 1:

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Primärenergiemix wird stetig erhöht und soll bis 2020 zirka 20 % betragen. Das bedeutet zugleich, dass die Nutzung fossiler Energieträger, auch der Braunkohle, als Brückentechnologie so lange Bestand haben wird, bis Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu wettbewerbsfähigen Preisen aus Erneuerbaren Energien decken kann. Dabei ist ein flexibler Kraftwerkspark (vorzugsweise GuD-Kraftwerke auf Erdgas- oder Biogasbasis) notwendig, um die fluktuierende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu ergänzen. Der Aufbau von Speicherkapazitäten und der Aus-, Um- und Neubau sowie die Ertüchtigung der Netze sind von entscheidender Bedeutung für das Ziel 100 % erneuerbar.

These 2:

DIE LINKE steht für eine faire und sozialverträgliche Energiewende. Insofern ist der allmähliche Ausstieg aus der Verstromung einheimischer Braunkohle in Übereinstimmung mit den Beschäftigten sozialverträglich zu gestalten und im Bereich der erneuerbaren Energien sind Kriterien von guter Arbeit verstärkt zu berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, stets Versorgungssicherheit und sozial verträgliche Preise zu gewährleisten.

These 3:

Klimaschutz ist eine ressortübergreifende Aufgabe und muss alle Bereiche Brandenburger Landespolitik betreffen. Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wichtige Säulen des Klimaschutzes und müssen verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Protokoll

Tisch 5: Zukunftsfähige Finanzpolitik

Moderation: Matthias Osterburg

Protokoll: Frank Hübner

- Als Einstieg in die Diskussion wurde auf das Zitat: „Die Politik hat gegenüber der Buchhaltung kapituliert.“ aus dem Leitbild „Unsre Heimat“ (2007) Bezug genommen und festgestellt, dass dieser Zustand durch die Prioritätensetzung der rot-roten Landesregierung überwunden wurde
- Anspruch linker Politik sei generell: Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft durchsetzen bzw. die Wirtschaft ist dazu da, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befördern
- Im Leitbild ist zu klären: Wie soll das Land 2020 aussehen? Die davon abgeleitete finanzpolitische Fragestellung lautet: Wofür sollen öffentliche Mittel investiert werden?

- Aus Sicht der Diskussionsteilnehmer sollten u.a. folgende Bereiche prioritär finanziert werden: Rekommunalisierung der Energieversorgung, Aufbau einer dezentralen, kleinteiligen Energie-Infrastruktur, Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge, auskömmliche Finanzierung und perspektivische Entschuldung der Kommunen
- Als grundsätzlicher Anspruch an die Finanzpolitik sollte das Prinzip der „Enkelgerechtigkeit“ gelten, deshalb Abbau der Nettokreditaufnahme bis 2014 (keine neuen Schulden)
- Neben den eigenen Prioritäten und Ansprüchen müssen im Leitbild auch die konkreten finanzpolitischen Rahmenbedingungen benannt werden (z.B. das HH-Volumen des Landes Brandenburg geht von derzeit ca. 10,5 Mrd. Euro bis 2020 auf rd. 8 Mrd. Euro zurück, die aktuelle Zinslast beträgt gegenwärtig 700 Mio. Euro bei einem HH-Volumen von 10,5 Mrd. Euro)
- Zudem ist wünschenswert, dass neben der Prioritätensetzung für bestimmte Bereiche auch deutlich beschrieben wird, in welchen Bereichen gespart werden soll/muss
- Konflikt mit Akteuren/Vertretern aus jenen Bereichen, in denen gespart werden soll, kann nicht ausgeräumt werden, deshalb sollte mit diesen Akteuren frühzeitig und ausführlich kommuniziert werden, Dialog mit den verschiedenen Interessenträgern führen und einen gerechten Ausgleich organisieren
- Nach Phase von neoliberaler Steuerpolitik unter Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb im Bund muss die Einnahmesituation der öffentlichen Hand gestärkt werden
- Steuersystem umstellen, Steuereinnahmen verbessern (u.a. Erhöhung Spitzensteuersatz)
- Rot-Rot in Brandenburg hat Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht (Negative Auswirkungen, die von Kritikern prognostiziert wurden, blieben aus)
- Neue Finanzierungsmodelle ausbauen bzw. einführen (u.a. revolving Fonds statt verlorene Zuschüsse, Bei EU-Förderung ab der neuen Förderphase 2014 anstreben, dass statt eigener Ko-Finanzierungsmittel künftig auch Drittmittel zur Kofinanzierung verwendet werden dürfen)
- Absenkung des Kofinanzierungsanteils für Kommunen auf bspw. ein Prozent

Fazit:

Die drei vorgestellten Thesen (siehe Anhang) wurden von den Teilnehmern des Thementisches „Zukunftsfähige Finanzpolitik“ diskutiert und unterstützt.

Anhang:

Thesenpapier Tisch 5: Zukunftsfähige Finanzpolitik

„Die Politik hat gegenüber der Buchhaltung kapituliert. Dieser Weg hat keine Perspektive. Brandenburg braucht einen finanzpolitischen Neuanfang, der Einnahmen- wie Ausgabenseite gleichermaßen betrachtet und das Land wieder politisch handlungsfähig macht.“

Aus: Leitbild „Unsre Heimat“ (2007)

Das Land Brandenburg muss solide und sozial ausgewogen finanziert werden – auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese hat die verfehlte Logik des Neoliberalismus bestätigt. Ein couragierter Konsolidierungskurs mit sozialem Augenmaß ist zu halten. Das lehren auch die

aktuellen europäischen Entwicklungen. Der Landesetat 2011 spiegelt unseren Ansatz wider: Die Ausgaben für Bildung und Arbeit steigen auf 1,5 Mrd. Euro; für Kitas werden 43 Mio. Euro mehr bereitgestellt; die Zuschüsse zur Stärkung der Exportfähigkeit einheimischer Unternehmen steigen auf 1,5 Mio. Euro. Die geplante Neuverschuldung wird 2012 im Vergleich zu 2011 um weitere 170 Mio. Euro zurückgefahren. Im Jahr 2014 wird die rot-rote Koalition ohne Neuverschuldung auskommen.

These 1:

Das Land Brandenburg steht vor großen finanzpolitischen Herausforderungen (sinkende Einnahmen und dynamisch wachsende Ausgaben). Die Konsolidierung der Finanzen wird fortgesetzt. In diesem langfristigen Prozess ist die Handlungsfähigkeit der Politik zu sichern. Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erfordert nicht nur Kürzungen bei den Ausgaben. Es sind auch die Einnahmen zu stärken.

These 2:

Die Konsolidierung der Finanzen ist von den politischen Werten der LINKEN geprägt. Es geht auch und gerade in diesem Kernbereich der Politik um Gerechtigkeit und Solidarität. Dies kann zu Konflikten mit politischen Konkurrenten und Gruppen führen, die ihre Partikularinteressen vehement artikulieren.

These 3:

Die Finanznot der Kommunen ist akut. Der weitere Rückgang von Zuweisungen des Bundes und das Anwachsen der Sozialausgaben belasten die Kommunen enorm. Die von der LINKEN unterstützte kommunale Selbständigkeit ist ohne solide Finanzausstattung nicht zu haben.

Protokoll

Tisch 6: Methoden, wie wollen wir die Debatte führen?

Moderation: Andrea Johlige, Matthias Loehr

Protokoll: Christoph Krüger

1. Der Fahrplan wurde grundsätzlich bestätigt. Er ist eine gute Orientierung für die Kreisverbände mit den Veranstaltungen zu den Leitbild-Schwerpunktthemen von April bis Oktober 2012 sowie von März bis September 2013 in den Kreisen, den Kreisvorstandswahlen Ende 2013 und der Landtagswahl im Herbst 2014.
2. Es gibt zwei begriffliche Änderungen:
Erstens wird der vom Dezember 2011 bis zum Dezember 2012 andauernde "Interne Dialog zur Leitbilddebatte" nun "Vorbereitung und Erarbeitung des Entwurfes" genannt. Zudem soll dieser Prozess offener gestaltet werden.
Zweitens wird der vom Dezember 2012 bis zum November 2013 andauernde "Externe Dialog der Leitbilddebatte 2013" nun als "Arbeiten mit dem Leitbildentwurf" bezeichnet.

3. Die zentrale Frage in der Debatte war: „Wie können wir die Leitbilddebatte in die Breite bekommen?“
Zum Begriff: Debatte zur Begrifflichkeit „Leitbild“, Bedenken hinsichtlich eines zu elitären Untertons oder einer eventuellen Nichtgreifbarkeit. Letztendlich wurde Leitbild gemeinschaftlich als ein Bild definiert von dem wir uns leiten lassen und einer Landschaft die sich verändert, die explizit nicht abgeschlossen ist. Dementsprechend bleibt es in der weiteren Debatte bei dieser Begriffsverwendung. Auch unter dem Gesichtspunkt das Leitbilddebatten heute vielfach gesellschaftlich geführt werden und daher ein Leitbild nicht etwas gänzlich Unbekanntes ist.
4. Der erste Schritt um zu einem neuen Leitbild zu kommen ist das bisherige Leitbild „UNSRE HEIMAT ... - Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ aus dem Jahre 2007 noch mal publik zu machen. Kritisch wurde konstatiert, dass es in diesem ersten Prozess nicht im zufriedenstellenden Maße gelungen ist in die Breite zu gelangen. Aus diesem Grund ist die Internetseite zum ersten Leitbild immer noch verfügbar und soll in Zukunft auch verbessert nutzbar gemacht werden. Ebenso wie die erste Version soll auch sein Nachfolger Grundlage des Wahlkampfprogramms für die sich kommende Landtagswahl sein. Dies wird im November/Dezember 2013 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung durch die Beendigung der Leitbilddebatte und die sich anschließende Überführung in eine Wahlkampfprogrammdebatte eingeläutet. In diesem Sinne muss das was entwickelt wird auch die Fähigkeit besitzen, praktikable Politik werden zu können.
5. Das neue Leitbild „Brandenburg 2020“ ist als Programm für die Zukunft zu verstehen und darf nicht nur die Angelegenheit von Funktionsträgern sein. Es ist vielmehr eine Kampagne des gesamten Landesverbandes, wobei natürlich auch die regionalen Kompetenzen der Landtagsabgeordneten zu nutzen sind. Aus Fehlern der Vergangenheit lernend soll nun eine intensive fruchtbare Debatte aller Genossen stattfinden. Ziel muss es sein die Kreisvorstände und die Kreistagsfraktionen zu gewinnen. Es gibt hierbei den konkreten Vorschlag im Februar des nächsten Jahres beim Landesparteitag den Leitantrag zur Führung der Leitbilddebatte zu verabschieden. Dieser Antrag der bereits die Identifizierung der wichtigsten Themen sowie den konkreten methodischen Ansatz beinhalten wird, soll auch ein ernstgemeintes offenes Angebot an die Kreisvorstände sein sich am Diskurs zu beteiligen. Um sich diesem Prozess im regionalen Sinne zu nähern werden gemeinsame Klausurberatungen mit den Kreistagsfraktionen vorgeschlagen. Die Verantwortungsträger in den Kreisen müssen das Leitbild als eigenes Projekt begreifen. Zur Unterstützung wird es Thesen mit offen formulierten Fragen geben die den Genossen vor Ort Orientierung sein sollen. Das hat zur Konsequenz das die Debatte zu allererst eine Parteidebatte ist, die dezentral in den einzelnen Kreisverbänden geführt wird. Dazu könnte sie als regelmäßiger Punkt auf die Tagesordnungen der Kreisvorstandssitzungen kommen.
6. Die Alltagskompetenz und die Verankerung der Genossen in der Bevölkerung sind nutzbar zu machen. Im bildlichen Sinne ist hierbei die 35-jährige Erzieherin gemeint, die ihre Lebenserfahrung und ihre Lebenswirklichkeit in das Ideal eines Brandenburgs 2020 einfließen lässt. Durch eine transparente Vermittlung des Projektes sollen zudem neue Mitstreiter gewonnen werden. Explizit betont wurde, dass das Leitbild für alle Brandenburger

gedacht ist. DIE LINKE will die Gesellschaft verändern und in letzter Konsequenz eine Politik für alle Menschen machen, nicht nur für ihre Wähler.

7. Vielzahl von Methoden sollen zur Anwendung kommen: vom Internet als Web 2.0 mit seiner Vielzahl von Elementen, über Postkarten Motto „Ich wünsche mir in Brandenburg, dass: ...“, bis hin zu Annoncen. Das Wichtigste ist jedoch mit der Partei in den Dialog zu kommen und diesen ganzen Prozess wirklich als eine Parteidebatte zu verstehen. Hierzu muss auch ein Bezug zum Parteiprogramm hergestellt werden, wobei diese These zumindest umstritten blieb.
8. Der methodische Leitgedanke sollte es sein, weniger Antworten vorzugeben, als vielmehr Fragen zu stellen. Das bedeutet: weg vom klassischen Format der politischen Bildung, also des eingeladenen Experten der uns die Welt erklärt. Dem soll der hohe Anspruch entgegengesetzt werden, dass in den Kreisverbänden die Lösungsansätze selbst erarbeitet werden. Dazu wird der Fahrplan zur Leitbilddebatte umgehend in den Kreisverbänden bekannt gemacht werden. Die Genossen sollen sehen, dass es hier etwas gibt, das sie ganz konkret vor Ort betrifft und nicht nur Sache des Landesvorstandes ist. Dafür ist es notwendig, dass die schon heute Anwesenden möglichst die Ergebnisse der Konferenz in ihre Kreisverbände mitnehmen und die Veranstaltung als das vermitteln, was sie ist: Die Initialzündung für das neue Leitbild „Brandenburg 2020: gerecht, solidarisch, nachhaltig“.

Anhang:

Fahrplan zur Leitbilddebatte

(Hier sind die Änderungen, die bei der Konferenz vorgeschlagen wurden, bereits eingearbeitet, damit keine unterschiedlichen Versionen im Umlauf sind!)

Die folgende Übersicht beinhaltet die wahlpolitischen Termine und Aufgaben zwischen Dezember 2011 und der Neuwahl des Landesvorstandes 2014. Fett gedruckt sind alle Schritte in der Leitbilddebatte, eingebettet in die sonstigen Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe.

3. Dezember 2011	Eröffnungsveranstaltung zur Leitbilddebatte: Bilanz und Ausblick, Vorstellung der Thesen zur Leitbilddebatte
November 2011 bis Dezember 2012	PHASE 1: Vorbereitung und Erarbeitung des Entwurfes des Leitbildes
18./19. Februar 2012	1. Tagung des 3. Landesparteitag, Wahl des Landesvorstandes und Leitantrag zur

	Führung der Leitbilddebatte
23. bis 31. März 2012	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
April bis Juni 2012	Thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen der Thesen zur Leitbilddebatte
April bis Oktober 2012	Veranstaltungen (Workshops, Aktivenkonferenzen) zu den Schwerpunktthemen des Leitbildes in den Kreisverbänden/Regionen
8. September 2012	LPT zur Europapolitik und zum Leitbild
1. bis 10. November 2012	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
November 2012 bis Februar 2013	10 VertreterInnenversammlungen zur Aufstellung der DirektkandidatInnen in den Bundestagswahlkreisen von Brandenburg
1. Dezember 2012	Konferenz zum Zwischenstand der Leitbilddebatte, Vorlage des Textentwurfs, Start der Phase externer Dialog
Dezember 2012 bis November 2013	PHASE 2: Arbeiten mit dem Leitbildentwurf
Januar – April 2013	Erarbeitung eines Entwurfes kommunalpolitischer Leitlinien durch den Landesvorstand und die Kommission Strategie & Wahlen unter Einbeziehung des Kommunalpolitischen Forums auf Grundlage des vorliegenden Leitbildentwurfes
Februar/März 2013	VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013, LPT zur Vorbereitung der Bundestagswahl
März 2013 – Januar 2014	KandidatInnengewinnung für die Kommunalwahl 2014
März/April 2013	Regionalkonferenzen (Landespolitik,

	Leitbild)
März bis September 2013	Thematische Konferenzen auf Landesebene zu den 5 Schwerpunktthemen der Leitbilddebatte mit externen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften usw.)
März bis September 2013	Veranstaltungen, Anhörungen und Workshops in den Kreisverbänden/Regionen und auf Landesebene zu den Schwerpunktthemen der Leitbilddebatte mit externen Akteuren (Verbänden, Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften usw.)
April 2013	Beginn Entwicklung einer Wahlkampfkampagne zur Kommunalwahl 2014 in Verbindung mit Maßnahmen zur Vorbereitung der EP-Wahl im Juni 2014
Mai - Juni 2013	Bundesparteitag zur Verabschiedung des Bundestagswahlkampfprogramms
Anfang August 2013	Landesweite zentrale Materialverteilung der Wahlkampfkampagne zur Bundestagswahl
August 2013 (4 Wochen vor Wahltermin)	Beginn der Wahlkampfkampagne zur Bundestagswahl
15. oder 22. September 2013	Bundestagswahl 2013
Oktober 2013	Überprüfung und ggf. Neubesetzung des Landeswahlkampfbüros bzw. der Kommission Strategie und Wahlen
Oktober 2013	Personalvorschlag an den Bundesausschuss zur Liste für das EP
Oktober 2013	Beschluss der Kompetenzliste für die Landtagswahl 2014 durch den Landesvorstand
Oktober - Dezember 2013	Diskussion zu den vorgelegten

	kommunalpolitischer Leitlinien durch Kreistagsfraktionen und Kreisvorstände
Oktober/November 2013	Regionalkonferenzen (Landespolitik, Leitbild)
November/Dezember 2013	Öffentliche Veranstaltung: Beendigung der Leitbilddebatte und Überführung in eine Wahlkampfprogrammdebatte Vorstellung kommunalpolitischer Leitlinien/Aussagen
November 2013 bis Januar 2014	Nominierung der KandidatInnen zur Landtagswahl 2014 für die Landesliste durch Kreisverbände und Jugendverband
Januar 2014	Aufstellung des Vorschlags der Landesliste durch den Landesvorstand
Februar 2014	1. Tagung des 4. Landesparteitages; Neuwahl des Landesvorstandes
Februar 2014	LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2014

Begleitend zur Leitbilddebatte wird es eine Website mit der Möglichkeit zur Diskussion sowie diverse Diskussionsmaterialien geben. Ein Foto- oder Ideenwettbewerb („Mein Brandenburg“) ist geplant und über eine Zeitung bzw. ein Magazin zur Begleitung der Debatte wird derzeit nachgedacht.